

Leitantrag „Energiewende für Schwaben jetzt!“,
beschlossen vom Bezirksparteitag der SchwabenSPD in Memmingen am 23.06.2012:

Energiewende für Schwaben jetzt!

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima zeigt, die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung ist unverantwortlich und menschenfeindlich. Die Schäden sind irreparabel, sie können nicht wieder gut gemacht oder mit Geld ausgeglichen werden. In Deutschland könnten die Auswirkungen derartiger Unfälle in unmittelbarer Nähe der großen Ballungszentren wie Hamburg, Frankfurt oder München noch vielfach größer sein. Eine Energieform, deren Auswirkungen so unkalkulierbar sein können, die auch zukünftige Generationen belastet und die die Zukunftsfähigkeit von Staat und Gesellschaft zerstören kann, ist ethisch nicht verantwortbar.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das seit gut drei Jahrzehnten klar. Deshalb haben wir unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ab 1998 den Atomausstieg eingeleitet und den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz massiv gefördert.

Nach der Aufkündigung des Energiekonsenses durch die schwarz-gelbe Bundesregierung bedurfte es der Katastrophe in Japan, um ein erneutes Umdenken bei CDU/CSU und FDP zu erreichen.

Die Rückkehr zum Atomausstieg und die Wiederaufnahme der Energiewende ist die erneute Chance für einen energiepolitischen Konsens, der von allen Teilen der Gesellschaft getragen wird.

Schwaben verfügt über ein großes natürliches Potential an erneuerbaren Energien: Wasserkraft, Windenergie, Photovoltaik und Biomasse. Der Regierungsbezirk Schwaben ist eine der sonnenreichsten Regionen Deutschlands und eignet sich daher besonders für die Nutzung der Solarenergie.

Schon heute schaffen und sichern die Erneuerbaren Energien Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft, im Handel, im Handwerk und in der Industrie vor Ort.

Derzeit ist kein Masterplan „Energiewende“ erkennbar. Weder die Bundesregierung noch die Bayerische Staatsregierung haben nach dem beschlossenen Atomausstieg Initiativen ergriffen, um die Energiewende kraftvoll voranzutreiben. Best-Practice-Beispiele wie z.B. die „energieautonome Kommune“ sind nur auf Eigeninitiative einzelner Kommunen oder Landkreise zu finden.

Für das Gelingen der Energiewende ist das zu wenig. Da zielgerichtete politische Initiativen fehlen, kommt es zu Akzeptanzproblemen bei den Bürgerinnen und Bürgern z.B. bei der Standortsuche für Windräder, Biogasanlagen oder Großflächen-Photovoltaikanlagen.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn auch die Verkehrsträger einbezogen werden. Der Verkehr ist mit einer der größeren CO₂-Emitenten. Gleichzeitig ist Mobilität eine der großen Errungenschaften, die maßgeblich zu unserem Wohlstand und Wirtschaftsentwicklung beigetragen hat. Für die „Energiewende in der Mobilität“ gilt es, die beiden scheinbaren Gegensätze der nachhaltigen CO₂-Einsparung und Gewährleistung der heutigen Mobilität zu vereinen. Energie ist kostbar. Sie einzusparen, also durch effizientere Geräte oder bessere Dämmung gar nicht erst zu verbrauchen und damit auch nicht erzeugen zu müssen, ist das Gebot der Stunde. In Verbindung mit vielen kleineren, dezentralen Energieerzeugern, wie sie für die erneuerbaren Energien typisch sind, kann so eine neue und flexible Energieversorgung auch in der Fläche gesichert werden.

Die Städte und Regionen sind unsere besten Energieversorger. Sie können besser entscheiden, wie erneuerbare Energien sinnvoll eingesetzt werden und wo investiert werden muss, um Energie zu sparen. Dafür brauchen sie ausreichende finanzielle Mittel.

Die Auswirkungen der Energiewende sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar. Es geht um Arbeit, Wohnen, Mobilität, Wirtschaft und Sicherheit. Die Energiewende muss deshalb für die Menschen und mit den Menschen entwickelt werden. Wir wollen dafür begeistern, an der Energiewende mitzuwirken. Wir wollen eine Energiewende im Einklang mit der Natur.

Wir streben ein energiepolitisches Gesamtkonzept an, das folgende Punkte beinhaltet:

- Alle deutschen AKWs müssen wie im Atomausstiegsgesetz vorgeschrieben innerhalb eines Jahrzehnts abgeschaltet werden.
- Der atomare Abfall muss verantwortungsbewusst und sicher gelagert werden, die Endlagersuche muss ergebnisoffen geführt werden. An den Kosten müssen sich die Stromkonzerne finanziell beteiligen.
- Das AKW Gundremmingen mit dem Zwischenlager muss den aktuellen Sicherheitsstandards angepasst werden. Sollte eine entsprechende Nachrüstung für das AKW nicht möglich sein, ist eine frühere Abschaltung vorzusehen.
- Die Energiewende muss gerecht sein. Die Kosten tragen wir gemeinsam und solidarisch. Strom muss für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sicher und bezahlbar bleiben. Gleiches gilt für die Kosten des Verkehrs.
- Der Netzausbau muss intensiver vorangetrieben werden. Dazu gehören auch leistungsfähigere Leitungssysteme. Der Anteil des Stroms in Deutschland, der aus Kraft-Wärmekopplung entsteht, ist massiv zu erhöhen. Bis 2015 sollen eine Million Blockheizkraftwerke (BHKE) auf Basis zinsgünstiger Kredite z.B. von der KfW gebaut werden, die damit 20 Großkraftwerke ersetzen. Um sicher zu stellen, dass neben Strom immer Wärme (Kälte) produziert wird, sind die gesetzlichen Vorschriften anzupassen (KWKGes.; BImSchG). Kommunalen Zusammenschlüssen und Bürgeranlagen ist dabei der Vorzug zu geben.

- Dezentrale Energieversorgung muss Vorrang vor zentralen Großanlagen haben.
- Bis 2050 muss zu 100% auf erneuerbare Energien umgestellt sein.
- Die Einspeisevergütungen müssen langfristig, planbar und verlässlich gestaltet sein.
- Förderprogramme zur Energieeinsparung und Energieeffizienz bei privaten und öffentlichen Gebäuden müssen ausgeweitet werden.
- Förderprogramme zur Umstellung auf klimaschonenden und energiesparenden Öffentlichen Personennahverkehr müssen aufgelegt werden.
- „Die einzelnen Verkehrsträger müssen besser vernetzt und der Verkehr verstetigt werden. Dazu gehören ausreichend P&R-Angebote, wie Parkplätze im Umfeld der Städte mit guter ÖPNV-Anbindung, breit angelegte CarSharing-Angebote und qualitativ hochwertige Fahrradverleihe an Bahnhöfen. Mobile IT-Dienste, die von jedem Verkehrsträger abrufbar sind, sind dabei eine große Hilfe“
- Förderung und Unterstützung der Forschung für alternative Antriebe muss vorange-trieben und Anreize für den Erwerb von Fahrzeugen mit innovativen Antrieben ge-schaffen werden.
- Erneuerbare Energien müssen so erzeugt werden, dass Umwelt und Natur bewahrt werden. Die Energiegewinnung mittels Feldfrüchten (z.B. Biodiesel) ist auf ein verant-wortbares und technisch machbares Maß zu begrenzen. Verfahren, die Reststoffe und Abfallstoffe zu hochwertigen regenerativen Treibstoffen verarbeiten (Stichwort: Bio-kraftstoffe der 2. und 3. Generation), sowie deren industrielle Umsetzung sind zu för-dern. Der Einsatz von biogenem oder synthetisiertem Methan, das sich exakt wie heu-tiges Erdgas einsetzen lässt, ist zu fördern. Durch Einspeisung in das bestehende Erd-gasnetz lässt sich das gesamte, heute bereits vorhandene Erdgasnetz als Infrastruktur und Speicher auch für eine CO₂-reduzierte bis zu CO₂-ausgeglichene Mobilität nutzen. Der Elektroantrieb hat vom Wirkungsgrad her das größte Potential. Deshalb gilt es, Batterietechnologien weiter zu entwickeln. Dafür fordern wir einen Masterplan, der al-le politischen Handlungsebenen umfasst. Damit einhergehen muss ein weiterer Aus-bau der regenerativen Energiegewinnung.
- Die Chance, über die Energiewende nachhaltiges Wachstum mit Klimaschutzzielen zu verknüpfen und zukunftsorientierte Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region Schwaben zu schaffen und zu sichern, ist von allen politischen Ebenen und Akteuren zu ergreifen.“